

Bezirksamtsvorlage Nr. **839**
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem **18.06.2019**

1. Gegenstand der Vorlage:

Entwicklung des Grundstückes am „Haus der Statistik“

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Gothe

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Überführung des Werkstatt-ergebnisses zum Haus der Statistik in geltendes Planungsrecht werden themenbezogene Behördenkonferenzen durchgeführt. Diese dienen dazu, strittige Punkte gemeinsam zu erörtern und erforderliche Entscheidungen herbeizuführen. Daher nehmen an den Konferenzen entscheidungsbefugte Mitarbeiter*innen der jeweils eingeladenen Verwaltungseinheiten teil. Die Behördenkonferenzen werden durch das Stadtentwicklungsamt organisiert und von der Amtsleitung des Stadtentwicklungsamtes durchgeführt. Alle Verwaltungseinheiten des Bezirks haben die Möglichkeit, Themen in die Behördenkonferenzen einzubringen.

II. Eine Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung ist nicht erforderlich.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung:

Die Entwicklung des Haus der Statistik zu einem lebendigen Quartier als Ort für Verwaltung, Kultur, Bildung, Soziales und Wohnen ist erklärtes Ziel der

Berliner Koalitionsvereinbarung vom 08.12.2016. Entsprechend dieser Vereinbarung soll dieses Quartier ein Projekt mit Modellcharakter sein, indem neue Kooperationen und eine breite Mitwirkung der Stadtgesellschaft sichergestellt werden. Die erste Phase dieses Modellprojektes ist nun abgeschlossen. In einem Werkstattverfahren unter breiter Mitwirkung der Stadtgesellschaft wurde eine städtebauliche Zielstellung für das Quartier erarbeitet. In der nächsten Phase soll diese Zielvorstellung in geltendes Planungsrecht überführt und soll gleichzeitig die Planungsphase für die zu errichtenden und umzugestaltenden Gebäude eingeleitet werden. Dazu bedarf es eines zielführenden Austausch- und Abstimmungsprozesses innerhalb der Verwaltungseinheiten des Bezirks. Dabei soll ein hohes Maß an Effizienz gewährleistet sein. Dazu sollen die Behördenkonferenzen nicht regelmäßig, sondern themenbezogen nach Bedarf einberufen werden. Für jede Konferenz wird entsprechend der jeweiligen Zielstellung der Teilnehmerkreis abgestimmt.

5. Rechtsgrundlage:

§ 36 BezVerwG

6. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

1. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

2. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

7. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

10. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

11. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Gothe

Beschluss-Nr.: 792

des Bezirksamtes Mitte von Berlin vom 18.06.2019
(BA-Vorlage-Nr.: 839)

Entwicklung des Grundstückes am „Haus der Statistik“

Beschlusstext:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Überführung des Werkstatteergebnisses zum Haus der Statistik in geltendes Planungsrecht werden themenbezogene Behördenkonferenzen durchgeführt. Diese dienen dazu, strittige Punkte gemeinsam zu erörtern und erforderliche Entscheidungen herbeizuführen. Daher nehmen an den Konferenzen entscheidungsbefugte Mitarbeiter*innen der jeweils eingeladenen Verwaltungseinheiten teil. Die Behördenkonferenzen werden durch das Stadtentwicklungsamt organisiert und von der Amtsleitung des Stadtentwicklungsamtes durchgeführt. Alle Verwaltungseinheiten des Bezirks haben die Möglichkeit, Themen in die Behördenkonferenzen einzubringen.

II. Eine Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung ist nicht erforderlich.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung bitten wir der o. g. Vorlage zu entnehmen.

i.v. 
Bezirksbürgermeister von Dassel


Bezirksstadtrat Gothe